

## „Für Kurswechsel in der Rentenpolitik“

Frank Bsirske über soziale Gerechtigkeit, Renten und was ihn geprägt hat

Das Gespräch führt Davor Cvrlje



REUTLINGEN. Frank Bsirske fordert im GEA-Interview eine Anhebung des Rentenniveaus. Zudem erzählt der Verdi-Chef, was ihn geprägt hat und warum er für mehr soziale Gerechtigkeit kämpft.

GEA: Herr Bsirske, machen Sie als Gewerkschaftler eigentlich Wahlkampf?

Frank Bsirske: Ich nutze den Wahlkampf, um auf gewerkschaftliche Anliegen hinzuweisen. Zu den herausragenden Anliegen von Verdi gehört der Kurswechsel in der Rentenpolitik. Denn gegenwärtig läuft die Entwicklung in eine falsche Richtung. Sie stürzt Millionen von Rentnerinnen und Rentner in den Armutskeller.

Wer ist verantwortlich für diese Entwicklung?

Bsirske: Die Weichen dafür wurden Anfang der 2000er gestellt. Union und FDP sind für die Fortsetzung dieser Rentenpolitik. Ein »weiter-so« bedeutet eine Absenkung des Rentenniveaus auf bis zu 43 Prozent im Jahre 2030. Beide Parteien sind also Rentenniveau-Kürzungsparteien. Übrigens:

Die AfD will das Rentenniveau noch weiter absenken. Auf der anderen Seite stehen SPD, Grüne und Linkspartei – sie wollen das Rentenniveau mindestens auf dem heutigen Stand beibehalten.

Ist die SPD auch eine Rentenkürzungspartei?

Bsirske: Die SPD hat einen Kurswechsel vollzogen gegenüber der Müntefering-Ära. Das ist positiv. Die Sozialdemokraten sind für die Stabilisierung des Rentenniveaus auf dem heutigen Niveau. Das ist ein Schritt nach vorne. Denn wir haben nachgerechnet, was die Absenkung bedeutet. Hätten wir heute schon das Rentenniveau von 2030, dann würde jemand, der sein ganzes Berufsleben lang immer 83 Prozent des Durchschnittsgehalts verdient hat, 809 Euro Rente nach 40 Beitragsjahren erhalten. Wobei viele Frauen gar nicht so lange arbeiten. Wir sind mitten in einer Entwicklung, die dazu führt, dass immer mehr Rentner in die Nähe des Grundsicherungsniveaus kommen werden. Das liegt heute im Durchschnitt, HartzIV und Wohngeld zusammen, bei 794 Euro.

Die Rente ist keine soziale Wohltat, sondern eine Versicherung, die auf lohnabhängigen Beiträgen beruht. Warum kämpfen Sie nicht für höhere Löhne? Das müsste Ihnen als Gewerkschaftler doch gefallen?

Bsirske: Absolut. Es gibt im deutschen Rentensystem einen sehr engen Zusammenhang zwischen dem Lohn- und Rentenniveau. Soll heißen: Auf Lohnarmut folgt Altersarmut. Das Ganze ist noch Anfang der 2000er-Jahre verstärkt worden, als die Rente von der Lohnentwicklung abgekoppelt wurde. Das ist der Systemwechsel, der mit Riester und der Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors verbunden ist. Seither sind die Renten zehn Jahre lang unter der Preisentwicklung geblieben und haben zu einem Kaufkraftverlust der Rentner geführt. Klar ist: Wenn diese Entwicklung sich fortsetzt, wird die Rente den Lebensstandard nicht mehr sichern.

Was fordern Sie, damit es nicht so kommt?

Bsirske: Wir müssen das Rentenniveau anheben. Dafür müssen die Beiträge steigen und wieder paritätisch, also von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, in gleicher Höhe finanziert werden. Langfristig sind wir für eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einbezahlen, also auch künftige Beamte und Selbstständige.

Alle fordern mehr Geld für die Rentner. Doch wie sieht es mit der Generationengerechtigkeit aus? Die Reform von Müntefering hatte das Ziel einer gerechten Lastenverteilung.

Bsirske: Wenn sich nichts ändert und das Rentenniveau weiter sinkt, werden die Jungen diejenigen sein, die am Ende höhere Beiträge zahlen und später weniger Rente rausbekommen. Das ist keine gute Zukunftsperspektive.

Als Gewerkschafter gehört das Streiten und Demonstrieren zur Berufsbeschreibung. Hat sich die Art der Auseinandersetzung in Deutschland verändert?

Bsirske: Das gesellschaftliche Klima hat sich zugunsten der Gewerkschaften verändert. Das hängt auch mit der Erfahrung der Menschen zusammen. Ich erinnere an die Finanzmarktkrise. Da haben sich die Warnungen der Gewerkschaften bestätigt und es wurde deutlich, dass nicht zuletzt dank der Gewerkschaften die Krise mit sehr wenig Arbeitsplatzverlusten durchschritten werden konnte.

Sie sind 65 Jahre alt. Wie lange wollen sie noch arbeiten? Normalerweise ist bei ihrem Jahrgang mit 65 Jahren Schluss.

Bsirske: Das stimmt. Doch ich bin bis 2019 gewählt. Deshalb werde ich meine Aufgabe als Verdi-Vorsitzender bis zum Ende dieser Zeitspanne mit Elan ausfüllen. Dann wird der Staffelnstab übergeben.

Was treibt sie an? Ist es der Tod ihres Vaters? Er starb, als er eine Frau vor dem Ertrinken retten wollte.

Bsirske: Der tragische Tod meines Vaters zeigt, dass er ein solidarisch handelnder Mensch war.

Ihr Vater hat bei Volkswagen gearbeitet, ihre Mutter war Krankenschwester. Wie sehr hat Sie das geprägt?

Bsirske: Ich komme aus einem Arbeiterhaushalt. Zu Hause ging es immer um soziales Engagement und um Gerechtigkeit. Da wurde vorgelebt, dass es sich lohnt für andere, für sich und für die Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Da wurde jeden Tag über Politik, über Gewerkschaften und die sozialen Verhältnisse geredet. Das hat mich geprägt.

Und wenn sie jetzt zurückblicken, wie fällt ihre Bilanz aus?

Bsirske: Ich war damals auf dem Gymnasium das einzige Arbeiterkind in meiner Klasse. Da hat sich schon einiges in Deutschland zum Positiven verändert. Auch wenn es wegen der neoliberalen Politik in den letzten zehn Jahren eine Rückkehr der Unsicherheit gab in Form von mehr Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen.

Schmerzt es Sie nicht, dass die SPD so schlechte Umfragewerte hat?

Bsirske: Ich würde mir eine stärkere Sozialdemokratie wünschen, die die Missstände mutig beim Namen nennt.

Welches Ergebnis wünschen Sie sich am 24. September?

Bsirske: Ich wünsche mir eine politische Weichenstellung, die zu mehr sozialem Zusammenhalt und zu mehr Gerechtigkeit führt. (GEA)